

Sound & Media

Das Magazin für die österreichische Entertainment- & Medienbranche

MEINUNG



Cinema Paradiso?

Dass man in einem Land mit einer Filmtradition wie Österreich darüber diskutieren muss, was Film für die gesamte Kulturlandschaft, für die nationale Identität, für die Demokratie und – damit hätte man die Aufzählung auch beginnen können – für die Wirtschaft heißt, ist erstaunlich, aber ist halt so. Dass es eine funktionierende Filmproduktion nur geben kann, wenn es eine kritische Masse an Kameraleuten, RegisseurInnen, CutterInnen, DrehbuchautorInnen, SchauspielerInnen, FilmausstatterInnen und all dem sonstigen Filmpersonal gibt, ist klar. Und dass diese ständig adäquat in ihrem Beruf beschäftigt werden müssen, sollen sie nicht an Qualität verlieren oder abwandern, und dass ständig Nachwuchs herangezüchtet werden muss, was aber nur geht, wenn für diesen ausreichend Berufschancen bestehen, sollte auch klar sein. Und dass es verdammt Pflicht und Schuldigkeit des – immer noch – Leitmediums ORF ist, der mit öffentlichen Geldern (und auch die Gebühren sind solche) und massivster öffentlicher Unterstützung (das lange aufrecht erhaltene Monopol, von dem er jetzt noch zehrt, war auch eine solche) erhalten wird, für genau diese Strukturen zu sorgen, sollte ebenfalls klar sein. Natürlich nicht alleine – aber ohne ORF gibt es keine funktionierende österreichische Filmlandschaft.

Die Politik hält sich da raus. Der Programmauftrag (§ 4 Abs. 1 Z. 6 ORF-Gesetz) verlangt vom ORF nur „die angemessene Berücksichtigung und Förderung der österreichischen künstlerischen und kreativen Produktion“. Was das sein soll, weiß kein Mensch. Der ORF weiß es natürlich. „Angemessen“ ist es, wenn fix und fertige Produktionen nicht gesendet werden können, da sie im Augenblick des Sendens zur Gänze abgeschrieben werden müssten und dem ORF die Bilanz zusammenhauen würden. „Angemessen“ ist es, Geld für den Einkauf amerikanischer Serien auszugeben, und für österreichische Produktionen gerade so viel Geld übrig zu haben, dass es zum Sterben zu viel ist.

Wie ungenügend der Programmauftrag formuliert ist, bekamen die österreichischen Musiker zu spüren, die beim Bundeskommunikationssenat (BKS) einen größeren Anteil österreichischer Musik im ORF-Radio einklagten. Das Gesetz, so der BKS, gibt eben kein Mindestausmaß österreichischer Musik vor, und es werde ohnehin „in nicht unerheblichem Ausmaß Musik österreichischer Herkunft gespielt. Mit anderen Worten: Wenn die Politik will, dass eine bestimmte Geldmenge in die österreichische Filmproduktion fließt, dann muss sie das auch sagen. Und die Form, in der Politik etwas sagt, ist die des Gesetzes.

Es war der vom Bundeskanzler eingerichtete „Weisenrat“ (Bacher, Csoklich, Keller, Payrleitner), dessen Empfehlungen der Gesetzgeber mit dem Programmauftrag des ORF wortgetreu umgesetzt hatte. Vielleicht sind die Teilnehmer der bevorstehenden ORF-Enquete noch ein bisschen „weiser“ und nützen dieses Podium, um dem Gesetzgeber eine klare Vorgabe zu geben, die dem österreichischen Film auch wirklich nützt.

Dr. Thomas Höhne, Rechtsanwalt in Wien (www.h-i-p.at)